

PROTOKOLL
zur Sitzung des Landesschulbeirates am 11. Mai 2022

Ort:	Videokonferenz
Beginn:	17:30 Uhr
Ende:	21:59 Uhr
Teilnehmer/-innen:	siehe Anwesenheitsliste

TOP 1:

Begrüßung, Feststellung der Tagesordnung, Annahme Protokolle

Herr Heckel begrüßt das Gremium, Herrn Thomas Duveneck, Herrn Dirk Besch und Herrn Gernoth Schmidt aus der Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Familie (SenBJF) und als Gast Herrn Constantin Saß.

Herr Heckel kündigt als weitere Gäste die politische Sprecherin für Bildung, Berufliche Bildung und Europa und stellvertretende Fraktionsvorsitzende der LINKEN, Frau Franziska Brychcy, und den Sprecher für Schulpolitik der Grünen, Herrn Louis Krüger, an. Es erfolgt keine Gegenrede gegen die Zulassung von Gästen.

Es wird nach der vorliegenden Tagesordnung verfahren mit der Ausnahme, dass der Tagesordnungspunkt sieben wegen Erkrankung der Referentin leider auf eine der kommenden Sitzungen verschoben werden muss.

Die Protokolle der Sitzungen am 16. Februar 2022 und am 16. März 2022 werden angenommen.

TOP 2:

Aktuelle Informationen aus der SenBJF (Herr Duveneck und Herr Besch, beide SenBJF)

Herr Duveneck berichtet über die Teststrategie an den allgemeinbildenden und beruflichen Schulen für die Zeit vom 09. Mai 2022 bis Pfingsten. Danach verringert sich die Testfrequenz für Schülerinnen und Schüler und für die an der Schule tätigen Personen auf zwei verbindliche Tests pro Woche. Auf Wunsch kann dem genannten Personenkreis jeweils pro Woche ein weiterer Test ausgehändigt werden, um sich vor dem Unterrichtsbeginn am Montag der folgenden Woche zusätzlich testen zu können.

Das entsprechende Schreiben an die Schulen vom 04. Mai 2022 ist auf der Internetseite der SenBJF veröffentlicht. (<https://www.berlin.de/sen/bjf/corona/briefe-an-schulen/>)

Für den 31. Mai 2022 ist ein weiteres Treffen des Hygienebeirates geplant, bei dem über die Teststrategie bis zu den Sommerferien beraten werden soll.

Herr Duveneck berichtet im Anschluss über die Anpassung des Handlungsrahmens für das Schuljahr 2021/22 zum Stand 06. Mai 2022; zu finden auf der Website der SenBJF unter <https://www.berlin.de/sen/bjf/corona/schule/>.

Danach gibt Herr Besch einen Überblick über den aktuellen Sachstand zu den in Berlin beschulten Kindern und Jugendlichen, die aus der Ukraine geflüchtet sind.

Die Verteilung der Flüchtlinge auf die Bezirke ist sehr unterschiedlich, insbesondere die Bezirke Pankow und Charlottenburg-Wilmersdorf stehen vor der Aufgabe, eine hohe Anzahl ukrainischer Flüchtlingskinder zu beschulen; es gibt im Vergleich zu anderen Bezirken eine verhältnismäßig lange Warteliste.

Es besteht insgesamt ein großes Interesse der ukrainischen Schülerinnen und Schüler, in Regelklassen aufgenommen zu werden. Aus diesem Grund bereitet die SenBJF eine Abfrage zu den Betroffenen zeitnah vor, um einen möglichst reibungslosen Übergang zu ermöglichen.

Beantwortung von Fragen der Mitglieder:

- Es wurde nach dem Zeitplan für die Bereitstellung der Angebote des Berliner Schulportals gefragt (siehe Pressemitteilung der SenBJF vom 11.05.2022, Informationen zum Schulportal unter <https://schulportal.berlin.de/start>). Herr Duveneck führte dazu aus, dass dies derzeit nicht abschließend beantwortet werden kann; die Bereitstellung erfolgt sukzessive. Wichtig sei zunächst, dass ein digitaler Austausch möglich sei; Haushaltsvorsorge für die Ausweitung des Angebotes wurde getroffen.

Herr Duveneck stellte in Aussicht, dass die Leiterin der Stabsstelle „Schule in der digitalen Welt“ bei der SenBJF, Frau Anja Tempelhoff, in den LSB eingeladen werden könne, um über das Konzept zu berichten, wenn der LSB dies wünschen sollte.

- Auf Nachfrage teilt Herr Duveneck mit, dass die zunächst beabsichtigten detaillierten Abfragen zu Tattoos bei der Verbeamtung von Lehrkräften nicht erfolgen sollen, geplant ist eine Eigenerklärung der angehenden Lehrerinnen und Lehrer zu ihren Tattoos.
- Zu der Frage nach der Ursache der relativ langen Wartelisten bei der Aufnahme ukrainischer Flüchtlinge in den Bezirken Pankow und Charlottenburg-Wilmersdorf führt Herr Besch aus, dass noch zu klären sei, warum die Aufnahme in Schulen anderer Bezirke schneller erfolgt, obwohl eine hohe Bereitschaft der Schulen vorhanden sei.

- Herr Besch berichtet auf Nachfrage, dass für die psychologische Betreuung geflüchteter ukrainischer Schülerinnen und Schüler Personalmittel beantragt seien, die Abstimmungen im Senat/mit der Senatsverwaltung für Finanzen sind noch nicht abgeschlossen.
- Auf Nachfrage stellte Herr Duveneck dar, dass es in der Eigenverantwortung der Schulen liegt, die Testtage für die verpflichtenden Testungen festzulegen und zu koordinieren.
- Zu der Frage, ob es Möglichkeiten gäbe, zusätzliche finanzielle Mittel zu erhalten, um Vertretungen für krankheitsbedingt ausfallende Förderstunden zu finanzieren, verweist Herr Besch auf PKB-Mittel, die auch für pädagogische Zielsetzungen verwendet werden könnten. Weitere zusätzliche Mittel stehen auch den Schulaufsichten nicht zur Verfügung.
- Die Frage nach einer geplanten Einrichtung einer Staatlichen Europa-Schule mit der Partnersprache ukrainisch neben der deutschen Sprache wird von Herrn Duveneck verneint. Die Einrichtung einer Staatlichen Europa-Schule Berlin (SESB) mit der Sprachkombination Deutsch-Ukrainisch wird zum gegenwärtigen Zeitpunkt als wenig aussichtsreich betrachtet, da das Modell der SESB voraussetzt, dass ca. die Hälfte der Schülerinnen und Schüler Deutsch als Herkunftssprache beherrscht und die andere Hälfte Ukrainisch. Die Gleichberechtigung beider Sprachen setzt sich fort im Unterricht.

Zum jetzigen Zeitpunkt steht die Beschulung der schutzsuchenden Schülerinnen und Schüler aus der Ukraine in Willkommensklassen oder integriert in den Unterricht der Regelklassen mit einem zusätzlichen Angebot an erstsprachlichem/herkunftssprachlichem Unterricht in Ukrainisch im Vordergrund.

Der Aufbau einer Deutsch-Ukrainischen Schule oder von deutsch-ukrainischen Schulzweigen an bestehenden Schulstandorten in der Stadt befindet sich derzeit in Prüfung, wird aber nicht kurzfristig umzusetzen sein.

- Zur Frage der Verbeamtung der Lehrkräfte insbesondere zum Kompensationsmodell/zur Altersgrenze stellt Herr Duveneck eine Information zum Ist-Stand in Aussicht. Aufgrund der komplexen Problemlage beispielsweise bezüglich der Frage des Nachteilsausgleichs für Lehrkräfte, die nicht verbeamtet werden können oder dies nicht wollen, sind umfangreiche und zeitaufwändige Prüfungen erforderlich.

TOP 3:

Anfragen des LSB an die SenBJF gem. Nr. 4 Abs. 4 GO LSB

Die Antworten zu den Anfragen 13-22 und 14-22 liegen als Anlage bei. Nachfragen erfolgten in der Sitzung nicht.

TOP 4:

Berichte der Schülerinnen und Schüler

Wie schon in vorhergehenden Sitzungen wurde über den nach wie vor hohen Informations- und Redebedarf der Schülerinnen und Schüler zum Ukrainekrieg berichtet.

TOP 5:

Anträge

Stellungnahme des LSB zu rassistusgeprägten Äußerungen von Frau Senatorin Busse

Es wird vorgeschlagen, den Antrag umzuformulieren und Frau Senatorin Busse schriftlich aufzufordern, zeitnah bis zum 01. Juni 2022 Stellung zu nehmen. Das Schreiben soll nicht veröffentlicht werden und es wird eine Verschwiegenheitspflicht auferlegt. Die neue Formulierung wird in der Sitzung abgestimmt. Dem wird zugestimmt (ja-Stimmen: 23, nein: 1, Enthaltung:1).

Antrag des Beirates Beruflicher Schulen (BBS) zu den Regeln für die Wahl der Elternvertretungen an Dualen Ausbildungsgängen

Herr Heckel schlägt hierzu die Durchführung einer Fachsitzung vor. Diese soll gemeinsam mit dem BBS koordiniert und ein Termin gefunden werden.

Eil-Antrag zur Änderung des Schulgesetzes - Parität der Schulkonferenz

Frau Brychcy (LINKE) und Herr Krüger (Grüne) erläutern den Sachstand. Mit der zum 01. August 2022 in Kraft tretenden Änderung des § 77 Absatz 1 Nummer 2 Schulgesetz sind künftig neben je vier Eltern- und Schülervereinerinnen bzw. -vertreter bis zu fünf Vertreterinnen oder Vertreter des schulischen Personals stimmberechtigte Mitglieder der Schulkonferenz. Der LSB soll als Fachgremium Stellung nehmen, ob diese Änderung als sinnvoll erachtet wird oder an dieser Stelle nachgebessert werden soll.

Nach einer ausführlichen Aussprache wird beschlossen, die Beratung in einer Fachsitzung fortzusetzen (ja: 18 Stimmen, nein: 0, Enthaltungen:2).

TOP 6:

Vorstellung Schulversuch „Vorziehen des Englischunterrichts bei Französisch als erster Fremdsprache“ durch Herrn Dr. Mark Hamprecht und Frau Dr. Bettina Deutsch (beide SenBJF)

Herr Dr. Hamprecht und Frau Dr. Deutsch stellen den Schulversuch vor. Es folgt eine Diskussion zum Entwurf, in der Fragen beantwortet werden. Insgesamt ist die Resonanz des LSB positiv, es wird die Hoffnung geäußert, dass sich Synergieeffekte für die Schulstruktur ergeben.

TOP 7:

Vorstellung „Verordnung zur Änderung von Vorschriften für die Ganztagschule“

Aus Krankheitsgründen verschoben.

TOP 8:

Vorstellung aktueller Stand „Ressourcen Geflüchteter nutzen - Erzieherin/Erzieher werden“ durch Frau Sabine Lipp (SenBJF)

Entfällt durch das Fortschreiten der Sitzung aus zeitlichen Gründen. Mit Frau Lipp wurde eine schriftliche Darstellung vereinbart.

TOP 9:

Verschiedenes

- Es wird der Wunsch geäußert, wieder in Präsenz zu tagen. Herr Heckel weist darauf hin, dass sich die Mehrzahl der LSB-Mitglieder in einer entsprechenden Umfrage gegen eine Präsenzsitzung ausgesprochen habe. Zur nächsten Sitzung werde es ebenfalls eine Umfrage geben, deren Ergebnis dann maßgeblich sei.
- Es wird der Wunsch geäußert, Frau Senatorin Busse möge an einer Sitzung des LSB teilnehmen. Herr Heckel berichtet dazu, dass Frau Senatorin Busse ihre Teilnahme für die Augustsitzung bereits zugesagt habe (eine Stunde).

Herr Heckel dankt allen Teilnehmenden und schließt die Sitzung.

Peter Heckel
(Vorsitzender)

Birgit Pietrek
(Protokoll)